

Antragsteller: BDKJ-Diözesanvorstand

Betreff: Zur Situation in der Republik Südafrika

Die Ereignisse in der Republik Südafrika fordern von uns solidarische Engagement mit den Unterdrückten und unser Eintreten gegen jede Form der Rassentrennung.

Denn jede Politik muß sich daran messen lassen, ob sie die Menschenrechte strikt einhält und inwieweit sie jeden Menschen als Gottes Ebenbild die gleiche Würde und ein Recht auf ein lebenswertes Leben gewährt.

Unter dem Druck der Unruhen und der Weltöffentlichkeit hat zwar Südafrikas Staatspräsident Botha verschiedene Reformen angekündigt. Der BDKJ stellt aber dazu fest:

Alle Reformmaßnahmen in der Republik Südafrika sind dahingehend zu beurteilen, inwieweit sie das System der sogenannten "großen Apartheid" betreffen. Die Republik Südafrika ist nach wie vor der einzige Staat der Welt, der seine Bürger in 4 Rassengruppen einteilt und so die Lebenschancen verteilt. Solange es das Ziel der Regierung bleibt, alle Schwarzen in sog. Homelands anzusiedeln und sie somit aller Rechte als südafrikanische Staatsbürger zu berauben, es kein Wahlrecht für Schwarze gibt, diskriminierende Paßgesetze bestehen bleiben, sind Reformen der "kleinen Apartheid", wie z.B. Aufhebung getrennter Eisenbahnabteile für Schwarze und Weiße, unglaubwürdig.

Wir unterstützen die Forderungen der kath. südafrikanischen Bischofskonferenz:

- den Ausnahmezustand sofort aufheben
- alle politischen Gefangenen und Häftlinge sofort freilassen
- in ernsthafte Verhandlungen treten mit demokratisch gewählten Führern des unterdrückten Volkes, einschließlich der Führungskräfte, die im Exil leben
- sämtliche Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung einstellen.

Der BDKJ begrüßt die Kündigung des Kulturabkommens durch die Bundesregierung als einen ersten wichtigen Schritt. Wir erwarten aber,

- daß sie durch Druck auf die Regierung der Republik Südafrika den Prozeß der Gleichberechtigung schnell vorantreiben hilft.
- daß sie den Export von Gütern, die Bereich von Militär und Polizei benutzt werden können, sofort unterbindet.

Wir erwarten:

- von den deutschen Unternehmern mit Zweigstellen in der Republik Südafrika, daß sie ihre wirtschaftliche Macht dazu benutzen, den Wandlungsprozeß voranzutreiben.
- von der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland, daß sie sich klar zu gewaltlosem Kampf der kath. Kirche in Südafrika für Gerechtigkeit bekennt und die Bemühungen um den Dialog zwischen Schwarz und Weiß unterstützt.
- von der Bistumspresse der Diözese Regensburg eine objektive und sachliche Berichterstattung, die an den Veröffentlichungen von Misereor Maß nimmt und die Stimmen der Kirche von Südafrika wiedergibt.

Wir selbst werden über die weitere Entwicklung in Südafrika informieren und uns im Rahmen der Friedenswochen vom 10. - 20.11.1985 besonders für Südafrika engagieren.

Wir wollen in Gebet und der Aktion, dem Einsatz für Verhaftete und wenn nötig auch mit Boykottmaßnahmen Zeichen der Solidarität setzen.

BDKJ-Diözesanversammlung
Windberg, 29. September 1985

Dieser Antrag wurde bei 3 Enthaltungen angenommen!